

36
81

Union in Deutschland

Bonn, den 26. November 1981

Moskau an den Taten messen

Die Ergebnisse der deutsch-sowjetischen Gespräche müssen mit großer Nüchternheit geprüft werden, erklärte Helmut Kohl zum Abschluß des Besuches des sowjetischen Generalsekretärs Breschnew in Bonn. Der gegenseitige Meinungsaustausch eine Woche vor dem Beginn der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über den Abbau von Mittelstreckenwaffen in Europa in Genf kann unter drei Gesichtspunkten nützlich gewesen sein:

① Wenn die sowjetische Führung die feste Überzeugung gewonnen hat, daß die Bundesrepublik Deutschland fester Bestandteil des westlichen Bündnisses bleibt und sich nicht aus der gemeinsamen NATO-Politik herausbrechen läßt. Die Bundesrepublik Deutschland darf und wird keine Vermittlerrolle zwischen den beiden Weltmächten spielen, sondern bleibt Bündnispartner der USA. Es ist zu begrüßen, daß es in der Darstellung und Begründung der Bündnispolitik und der amerikanischen Abrüstungsvorschläge gegenüber Generalsekretär Breschnew eine unmißverständliche Übereinstimmung zwischen dem Bundeskanzler, Bundesaußenminister und der CDU/CSU gegeben hat.

② Wenn die sowjetische Führung davon ausgeht, daß die amerikanische Regierung an ernsthaften Er-

(Fortsetzung auf Seite 2)

■ WOHNUNGSBAU

Graf Lambsdorff voll und ganz auf Unionskurs
Seite 5

■ SOZIALPOLITIK

DGB protestiert zu Recht gegen arbeitnehmerfeindliche Politik
Seite 6

■ JUGEND

Fraktion setzt Hamburger Beschlüsse in parlamentarische Initiativen um
Seite 7

■ BEHINDERTE

Behindertensport aus seinem Schattendasein herausführen
Seite 8

■ KOALITION

Nur noch 13 Prozent wollen in München SPD wählen
Seite 9

■ KIRCHEN

Denkschriften beider Konfessionen werden von der Union stark beachtet
Seite 11

■ KA-STIFTUNG

Studientagungen: Öffentlichkeitsarbeit im kommunalen Bereich
Seite 13

■ DOKUMENTATION

Die Misere der Deutschen Bundesbahn
grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

gebnissen in den Abrüstungsverhandlungen interessiert ist und ihre europäischen Verbündeten, voran die Bundesrepublik Deutschland als Hauptbetroffener, dem amerikanischen Partner vertrauen und alle Verhandlungsschritte im Bündnis eng abgestimmt sind.

③ Wenn die sowjetische Führung zu der Einsicht gekommen ist, daß sie jetzt ihre erklärte Bereitschaft zur Rüstungskontrolle und Abrüstung konkret unter Beweis stellen muß und die Verhandlungen nicht in der Hoffnung auf Uneinigkeit im westlichen Bündnis und auf sogenannte Friedensbewegungen verschleppen und scheitern lassen kann. Generalsekretär Breschnew weiß, daß — wie der Bundeskanzler mit Recht ausgeführt hat — jede nur denkbare deutsche Regierung 1983 die amerikanischen Mittelstreckenwaffen stationieren wird, wenn es bis dahin zu keinen Verhandlungsergebnissen gekommen ist.

Wenn jetzt die Bundesregierung die Ernsthaftigkeit des sowjetischen Willens zur Abrüstung und Rüstungskontrolle und die „grundsätzliche Bereitschaft Moskaus zu beträchtlichen und wesentlichen Verringerungen der Mittelstreckenwaffen“ als positive Gesprächsergebnisse verkündet, werden jedoch erst die Verhandlungen selbst den inhaltlichen Nachweis dafür erbringen müssen.

Die CDU/CSU kann bisher keine neuen Positionen der Sowjetunion erkennen. Der Moratoriumsvorschlag von Generalsekretär Breschnew bleibt unannehmbar. Er hat in seiner Tischrede darauf hingewiesen, daß Moskau „erst im Verlauf der eigentlichen Verhandlungen“ bereit ist, für Reduzierungen der Nuklearwaffen mittlerer Reichweite einzutreten.

Was die sowjetische Führung als „wirkliche Null-Lösung“ vorgeschlagen hat, entspricht zwar Vorstellungen des Brandt-

Beraters Gaus, würde aber der Sowjetunion eine klare atomare und konventionelle Überlegenheit in Europa sichern.

Die CDU/CSU wird deshalb die sowjetische Politik weiterhin nicht an ihren Worten, sondern an ihren Taten messen. Dies gilt auch für den Bereich der Familienzusammenführung. Der Bundesregierung liegen Tausende von menschlich tragischen Fällen vor, die im Namen der Menschlichkeit längst gelöst sein müßten.

Ein wesentlicher Unsicherheitsfaktor bleibt aber bei der Bundesregierung selbst bestehen. Es ist nach wie vor fraglich, ob es dem Bundeskanzler gelingen wird, seine Positionen gegenüber seiner eigenen Partei durchzusetzen. Die amerikanischen Abrüstungsvorschläge, vom Bundeskanzler erfreulicherweise auch gegenüber Generalsekretär Breschnew nachdrücklich vertreten, sind bisher von der Sowjetunion wie von führenden Kräften der SPD als Propagandamanöver abgetan worden.

„Goldener Merkur“ 1981 für Konrad-Adenauer-Stiftung

Für ihre Verdienste um die internationale Zusammenarbeit und den Frieden in der Welt ist der Konrad-Adenauer-Stiftung der diesjährige „Goldene Merkur“ (Gold Mercury International Award) verliehen worden. Die hohe Auszeichnung wird der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bruno Heck, am 29. November 1981 in Caracas (Venezuela) anlässlich der „Gold Mercury International Award Conference for Peace and Cooperation“ in Empfang nehmen. Der „Goldene Merkur“ wurde im Jahre 1961 in Italien auf Anregung des „Centro Giornalistico Annali“, einer unabhängigen Journalistenvereinigung, gegründet, die sich der Förderung des Austauschs und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf allen Ebenen widmet.

■ INFORMATION

Beamte nicht schlechter stellen als Arbeiter und Angestellte

Zu dem Beschluß der Bundesregierung, Beamten vorläufig die den Angestellten und Arbeitern im öffentlichen Dienst gewährten Verbesserungen bei Schichtdienst vorzuenthalten, erklärte der für Beamtenfragen zuständige Abgeordnete der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Werner Broll, dies sei eine grobe und durch nichts zu rechtfertigende Benachteiligung. Die Bundesregierung schaffe hiermit ein Zweiklassenrecht im öffentlichen Dienst, denn es gebe zahlreiche Bereiche, z. B. bei der Deutschen Bundespost, in denen Beamte, Angestellte und Arbeiter die gleichen Tätigkeiten verrichteten und denselben gesundheitlichen Belastungen und Erschwernissen ausgesetzt seien.

Die CDU/CSU tritt dafür ein, daß die Beamten nicht besser, aber auch nicht schlechter als andere Berufsgruppen behandelt werden.

Wahlberechtigung für Deutsche im Ausland

Die CDU/CSU-Fraktion hat einen Entwurf zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vorgelegt, um deutschen Staatsangehörigen, die ihren ersten Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik Deutschland haben, das aktive Wahlrecht zu geben. Wahlberechtigt werden danach auch Beamte, Soldaten, Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst sowie ihre Angehörigen, die außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes leben; wahlberechtigt werden auch Bürger, die in den europäischen Gebieten der übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft leben, sofern

sie vor ihrem Wegzug mindestens drei Monate ununterbrochen im Geltungsbereich dieses Gesetzes gewohnt haben; schließlich werden deutsche Staatsbürger wahlberechtigt, sofern sie vor ihrem Wegzug mindestens drei Monate ununterbrochen im Geltungsbereich dieses Gesetzes

Erfolg für unsere gemeinsame Sache

Die Demonstration am 22. November 1981 in Bonn war eine machtvolle Kundgebung für die Durchsetzung der Menschenrechte und für die Sicherung des Friedens in der Welt, stellte Generalsekretär Heiner Geißler fest. Über 40 000 Menschen haben glaubwürdig ihren Willen zur Freiheit, ihr Eintreten für die Menschenrechte und ihre Bereitschaft zur Abrüstung öffentlich dokumentiert. Es hat sich gezeigt, daß wir in der Lage sind, für unsere politischen Ziele ein-drucksvoll zu werben.

Ich danke allen, die sich an der Demonstration beteiligten, für ihr Engagement, und ich danke den Orts- und Kreisverbänden für die wirkungsvolle organisatorische Unterstützung.

Die Junge Union und ihr Vorsitzender Matthias Wissmann haben sich — wie auch der FDP-Bundestagsabgeordnete Jürgen Möllemann — in außerordentlicher Weise für diese Demonstration engagiert. Sie war ein Erfolg für unsere gemeinsame Sache.

wohnten und seitdem nicht länger als zehn Jahre in den genannten Gebieten leben.

Die deutschen Staatsbürger mit erstem Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik Deutschland schreiben sich bei den Konsulaten der Bundesrepublik ein. Danach

können sie sich auf Antrag in folgende Gemeinden eintragen: Gemeinde der Geburt, Gemeinde des letzten Wohnsitzes, Gemeinde des letzten Aufenthaltes. Die Stimmabgabe kann in einem beliebigen Bezirk unmittelbar oder durch Briefwahl erfolgen.

Welttextilabkommen notwendig

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion teilt die Sorgen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber der Textil- und Bekleidungsindustrie. Dieser überwiegend mittelständisch strukturierte Wirtschaftsbereich hat in den vergangenen 10 Jahren — trotz erfolgreicher Modernisierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen, hoher Leistungsfähigkeit und intensiver Exportbemühungen — über 250 000 Arbeitsplätze verloren, was vor allem auf den erheblichen Importdruck aus den Schwellenländern sowie auf die Verschlechterung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zurückzuführen ist.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt deshalb die Bemühungen der Bundesregierung um eine Verlängerung und Verbesserung des Welttextilabkommens. Ziel der Verhandlungen muß ein fairer Interessenausgleich zwischen Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländern sein. Maximalforderungen, die wegen des Widerstandes der Entwicklungs- und Schwellenländer zu einem Scheitern der Verhandlungen führen würden, sollten nicht erhoben werden.

Unausgewogenheit bei der Friedensforschung

Die Auflösung der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung und die Übertragung der Mittel zur Friedens- und Konfliktforschung an die Deutsche Forschungsgemeinschaft forderte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Bil-

dung und Forschung im Bundestag, Anton Pfeifer: Friedens- und Konfliktforschung soll der Politik praktisch verwertbare Erkenntnisse über Möglichkeiten friedlicher Konfliktbewältigung vermitteln können. Voraussetzung für eine wirksame Hilfestellung für die Politik sind wissenschaftliche Ausgewogenheit sowie wissenschaftlicher und politischer Pluralismus.

Die Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (DGFK) in Bonn hat es bisher nicht vermocht, diese Voraussetzungen zu schaffen. Es ist deshalb angezeigt, die wichtigen Aufgaben der Friedens- und Konfliktforschung und die dazu notwendigen Mittel wieder an die Deutsche Forschungsgemeinschaft zurückzuübertragen.

Deshalb fordert die CDU/CSU-Fraktion den Ausschuß für Forschung und Technologie auf, zu beschließen, den im Haushaltsplan des Bundesministers für Forschung und Technologie für 1982 ausgewiesenen Zuschuß an die DGFK zu streichen und die dort vorgesehenen Mittel in Höhe von rund 3 Millionen DM der Deutschen Forschungsgemeinschaft zur Durchführung dieser Aufgaben zu überstellen.

Fast überall CDU-Bürgermeister

Nach den jetzt fast abgeschlossenen Bürgermeisterwahlen nach der Kommunalwahl vom September in Niedersachsen stellt die CDU in 19 der 22 größten Städte des Landes den Oberbürgermeister beziehungsweise Bürgermeister. „Das Ausmaß des Wahlsieges wird erst recht deutlich, wenn man sich vor Augen hält, daß die CDU vor den Wahlen in diesen Städten nur sieben Bürgermeister gestellt hat“, erklärte der Generalsekretär der Niedersachsen-CDU, Haaßengier.

■ WOHNUNGSBAU

Graf Lambsdorff voll und ganz auf Unions-Kurs

Zu den wohnungsbaupolitischen Aussagen von Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff auf dem FDP-Fachkongreß am 17. November 1981 in Osnabrück erklärt der wohnungsbaupolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB Friedrich-Adolf Jahn:

Um der Glaubwürdigkeit der FDP willen täte Graf Lambsdorff gut daran, seine wohnungsbaupolitischen Aussagen vor dem Deutschen Bundestag zu wiederholen. In nahezu allen wohnungspolitischen Fragen ist er voll und ganz auf die von der Union bereits im Mai 1981 vorgelegte Konzeption eingeschwenkt.

In bezug auf den freifinanzierten Wohnungsbau ist er deutlich von der Meinung des Bundeskabinetts abgerückt. Er bezeichnet die Gesetzesentwürfe der eigenen Bundesregierung zum Vergleichsmietensystem als „nicht weitgehend genug“ und teilt die Auffassung der Union, daß Mietpiegel zeitnah sein müßten und deshalb nur die jüngsten Jahrgänge berücksichtigt werden dürften.

In der wichtigen Frage der Staffelmiete weicht Graf Lambsdorff ausdrücklich von dem Beschluß des Bundeskabinetts ab, wonach diese nur für Neubauten zugelassen werden sollen: Er hält nichts von diesem Kabinettsbeschluß, solange die Staffelmiete „nicht zeitlich unbegrenzt und auch für den Bestand eingeführt wird“. Genau dies beinhaltet der Gesetzesvorschlag der Union.

Graf Lambsdorff spricht sich — wie die Union — für die Zulassung von Zeitmietverträgen aus. Das Bundeskabinett hat sich — trotz Ankündigung — hierzu bis heute nicht durchringen können. Die Chance, durch Zeitmietverträge Anreize zur Vermietung leerstehenden Wohnraums zu schaffen, darf aber nicht vertan werden.

Im sozialen Wohnungsbau bezeichnet Graf Lambsdorff die auch von ihm im Bundeskabinett beschlossene Fehlbelegungsabgabe als „eine vorübergehende Notlösung“, die Gesetzesinitiativen der Union hingegen als richtungsweisend: „Der Prozeß der Liberalisierung auch des sozialen Wohnungsbaus muß aber jetzt eingeleitet werden. Die vom Bundesrat und der Opposition vorgeschlagenen Zinsanhebungs- und Liberalisierungsvorschriften weisen in diese Richtung... Hier sollte erwogen werden, ob nicht die Steuervorteile und die günstigen staatlichen Hilfen, die den gemeinnützigen Wohnungsunternehmen zugeflossen sind, eine stärkere Zweckbindung rechtfertigen, bestimmte Zielgruppen vorrangig zu versorgen — und zwar auch für die Wohnungen, die nicht den Bindungen des öffentlich geförderten Wohnungsbaus unterliegen.“

Genau dies beinhaltet die Gesetzesinitiative der Union. Deutlicher hat noch kein Kabinettsmitglied an den eigenen Kabinettsentscheidungen zur Wohnungsbaupolitik Kritik geübt. Der Bundeswirtschaftsminister hat sich damit wohnungsbaupolitisch ganz auf die Seite der CDU/CSU geschlagen.

■ SOZIALPOLITIK

DGB protestiert zu Recht gegen arbeitnehmerfeindliche Politik

Die Gewerkschaften gehen zu Recht in Frontstellung gegen die SPDgeführte Bundesregierung; denn die SPD hat für die Arbeitnehmerschaft nur traurige Rekorde errungen, stellte Adolf Müller (Remscheid), stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, in Bonn fest.

Unter SPD-Verantwortung hat sich Vollbeschäftigung in Millionenarbeitslosigkeit verkehrt. Seit sieben Jahren haben wir rund eine Million Arbeitslose, jetzt sogar 1,4 Millionen mit weiter steigender Tendenz. Seit 27 Jahren war die Arbeitslosigkeit nicht mehr so hoch wie heute. Trotzdem will die Bundesregierung gegen den Widerstand des DGB und der Sachverständigen das Arbeitslosenförderungsgesetz beschneiden und die beruflichen Bildungsmaßnahmen einschränken.

Noch nie wurden die Arbeitnehmer mit Steuern und Sozialabgaben so zur Kasse gebeten wie heute. Von 100 DM Lohnerhöhung blieben einem ledigen Durchschnittsverdiener 1980 gerade 30,11 DM übrig.

Trotzdem haben SPD und FDP beschlossen, den Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung weiter anzuheben. Die Arbeitnehmer beklagen zu Recht, daß mit ständigen Steuer- und Beitragsanhebungen die Tarifierfolge der Gewerkschaften wieder kaputtgemacht werden.

Die SPD hat die Renten der Arbeitnehmer mit dem 20. und 21. Rentenanpassungsgesetz auf Dauer über zehn Prozent gekürzt. Kaum hat die SPD die Rückkehr zur Bruttoanpassung beschlossen, fordert der Bundesgeschäftsführer der SPD schon wieder deren Abschaffung und den Übergang zur Nettoanpassung.

In der Vermögensbildung für die Arbeitnehmerschaft kann die SPD nur Fehlanzeige melden. In den letzten 12 Jahren gab es hier nur leere Versprechungen. Jetzt hat die SPD/FDP-Regierung sogar beschlossen, die Arbeitnehmersparzulage zu kürzen und die betriebliche Vermögensbildung drastisch einzuschränken.

Die SPD hat vor der letzten Wahl mit großem Getöse für Mannesmann ein Gesetz zur Sicherung der Montanmitbestimmung angekündigt. Nach der Wahl hat sie ein Montanmitbestimmungs-Beerdigungsgesetz beschlossen.

Die organisierte Arbeitnehmerschaft sieht jetzt offensichtlich zunehmend ein, daß die SPD — trotz gegenteiliger Beteuerungen — vielfach arbeitnehmerfeindliche Politik betreibt. Wenn der DGB seine eigenen Wahlprüfsteine ernst nimmt, muß er beim Kanzler energisch protestieren.

Der DGB sollte die Einsicht, daß er die SPD zu lange zu unkritisch unterstützt hat, zum Anlaß nehmen, seine Beziehungen zur Union weiter zu verbessern. Für eine positive Entwicklung unserer Gesellschaft ist ein sachliches und konstruktives Verhältnis zwischen DGB und Union unerläßlich. Die Gewerkschaften haben unter CDU/CSU-Verantwortung die größten Erfolge für die Arbeitnehmerschaft erreicht. Es sei nur an folgende Wegmarken des sozialen Fortschritts erinnert: Montanmitbestimmungsgesetz, Kündigungsschutz, Kindergeldgesetz, Schwerbeschädigten-gesetz, Rentenreform, Unfallversicherungsgesetz, Lohnfortzahlung für Arbeitnehmer und Arbeitsförderungsgesetz.

■ JUGEND

Fraktion setzt Hamburger Beschlüsse in parlamentarische Initiativen um

Der Beschluß des Hamburger Bundesparteitages zur Bildungs- und Wissenschaftspolitik setzt die Reihe der programmatischen Leitlinien und Forderungen der Union zur Schul-, Berufsbildungs- und Hochschulpolitik insbesondere der letzten 15 Jahre kontinuierlich fort. Wir haben unsere Zielsetzungen an den Erfordernissen der 80er Jahre überprüft, weiterentwickelt, neue Einsichten aufgenommen und Bewährtes beibehalten, erklärte Anton Pfeifer, bildungs- und forschungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Unter der Überschrift „Der Jugend in Bildung und Beruf neue Zukunftschancen schaffen“ ist der in Hamburg einstimmig gefaßte Beschluß die Richtschnur für die Arbeit der Bundestagsfraktion in Zusammenarbeit mit der CSU. Die Union im Bundestag ist entschlossen, den Hamburger Auftrag nicht als Empfehlung zu betrachten, sondern als bildungs- und wissenschaftspolitische Zielsetzung, die wir verwirklichen wollen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion betrachtet den Beschluß des 30. Bundesparteitages als Teil eines bildungspolitischen Gesamtkonzepts, zu dem beispielsweise das Ziel gehört, die duale Berufsbildung in Betrieb und Schule zu stärken und auszubauen. Um dies durchzusetzen, werden wir im Bundestag und im Vermittlungsausschuß ein Berufsbildungsförderungsgesetz verlangen, das die Zuständigkeit für Prüfungen bei den zuständigen Stellen

beläßt und sie nicht in die Verantwortung eines unzuständigen Bundesinstituts für Berufsbildung verlagert.

Zu diesem Gesamtkonzept gehört auch, daß wir die Einheit des Gymnasiums erhalten, stärken und mittelfristig darüber nachdenken, wo und wie wir die Schulzeit auf 12 Jahre verkürzen. Ferner bestärkt der Hamburger Beschluß die Bundestagsfraktion in der Forderung, eine Fortschreibung des Bildungsgesamtplans erst dann zu befürworten, wenn er mit einem soliden und realistischen Finanzierungsplan, einem Bildungsbudget, verbunden ist. Ferner muß sichergestellt werden, daß die Abschlüsse von integrierten Gesamtschulen nur dann durch Beschluß der Kultusministerkonferenz anerkannt werden, wenn sie in ihrem fachlichen Angebot, in ihren Leistungsanforderungen und in der Vermittlung qualifizierter Abschlüsse dem gegliederten Schulwesen gleichwertig sind.

Verbindlich ist für uns auch die Forderung, zur Steigerung der Qualität von Lehre und Forschung an den Hochschulen eine intensivere Förderung des qualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchses zu gewährleisten: Einem ersten Schritt zur Verwirklichung dieses Ziels dient bereits der Gesetzentwurf der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Änderung des Graduiierungsförderungsgesetzes zur Absicherung der Promotionsförderung.

Dieses sind Beispiele für die Entschlossenheit der Union im Bundestag, die Beschlüsse des CDU-Bundesparteitages in die Wirklichkeit umzusetzen.

■ BEHINDERTE

Behindertensport aus seinem Schattendasein herausführen

Unter dem Titel „Chancen und Gefahren des Sports für Behinderte“ veranstaltete die CDU am 25. November 1981 in Bonn eine Anhörung. Dazu hat die CDU in Bonn eine Dokumentation vorgestellt. Auf einer Pressekonferenz erklärt der Generalsekretär Heiner Geißler, die CDU wolle auf den Rückstand des Behindertensports in der Bundesrepublik Deutschland aufmerksam machen und Anstöße vermitteln, den Behindertensport aus seinem Schattendasein im Sportbereich herauszuführen.

Diese Zahlen machen den Rückstand des Behindertensports deutlich: Der Behindertensportverband erfaßt z. B. mit 92 000 Mitgliedern nicht mehr als 2 Prozent aller Behinderten. Der Anteil seiner jugendlichen Mitglieder beträgt nur 8,8 Prozent. Aber auch in den allgemeinen Sportvereinen ist der Anteil an Behindertengruppen gering. Demgegenüber sind 25 Prozent der Gesamtbevölkerung in Sportvereinen organisiert, und der Anteil des DSB an jugendlichen Mitgliedern unter 18 Jahren beträgt 36,1 Prozent.

Wir richten einen Appell an alle Träger des Behindertensports, in einer konzertierten Aktion dem Behindertensport größere Aufmerksamkeit zu widmen. Auch unter dem Gesichtspunkt einer vorbeugenden Gesundheitspolitik kommt einer Förderung des Behindertensports eine heraus-

gehobene Bedeutung zu. Behindertensport kann langfristig dazu beitragen, die Kosten für Behinderte zu senken, der durch sportliche Betätigung physischen und psychischen Erkrankungen vorgebeugt werden kann. Die CDU legt ein besonderes Gewicht auf die Bewegungs- und Sporterziehung bei behinderten Kindern und Jugendlichen und tritt für einen Ausbau des Sportunterrichts im Sonderschulwesen ein, insbesondere für eine Erweiterung des Sportunterrichts auf drei Wochenstunden. Mit dem Hearing will die CDU auch einen Beitrag zum „Jahr der Behinderten“ leisten.

Die CDU fordert in ihrem Sportprogramm, daß der Sport „fester Bestandteil der Sonderpädagogik der Behindertenförderung und der Rehabilitation“ werden soll. Diese Forderung muß politisch durchgesetzt werden. Das Schwerbehindertengesetz, das Rehabilitationsangleichungsgesetz und das Jugendwohlfahrtsgesetz bieten dazu die nötigen Ansatzpunkte. Solche Gesetze sind wichtig, aber wichtiger noch sind freiwillige sportliche Aktivitäten und Leistungen der Behinderten selbst.

Sieht man einmal vom Bogenschießen ab, wo die meisten Behinderten mit Nichtbehinderten unter den gleichen Voraussetzungen und Bedingungen antreten und auch gegeneinander kämpfen können, bleiben bei fast allen anderen Sportarten die Behinderten unter sich. Die Isolierung aber ist einer der wesentlichen Gründe dafür, daß die breite Öffentlichkeit über den Sport für Behinderte und seine Probleme nur sehr unzulänglich informiert ist. Eine solche Isolation muß im Interesse der Behinderten aufgebrochen werden.

Ein Problem ist der Mangel an Übungs- und Sportanlagen. Es geht dabei nicht darum, für Behinderte neue und eigene Sportstätten zu schaffen, sondern die bestehenden für Behinderte zugänglich und nutzbar zu machen.

KOALITION

Nur noch 13 Prozent wollen in München SPD wählen

Nach einer Meinungsbefragung durch das Münchner „Umfrage-Institut Klaus Peinelt GmbH“ in der für den Wahlausgang entscheidenden Gesamtregion München würden, wie „Die Welt“ berichtete, derzeit nur noch 13 Prozent SPD wählen. Diese Zahl ist allerdings nicht in ein tatsächliches Wahlergebnis umzusetzen, da der Anteil der Unentschlossenen mit 30 Prozent sehr hoch ist. Die CSU liegt danach bei 41 Prozent (tatsächliches München-Ergebnis bei der letzten Bundestagswahl 47,2), die FDP bei 9, und die Grünen liegen bei 5 Prozent.

Institutsinhaber Klaus Peinelt führt das schlechte SPD-Ergebnis vor allem auf bundespolitische Einflüsse zurück und belegt diese Interpretation mit Zahlen über die Unzufriedenheit der Bürger mit der Bundesregierung. Waren vor Jahresfrist noch 44 Prozent mit der Bundesregierung zufrieden (und 41 Prozent „eher unzufrieden“), so sind jetzt nur noch 19 Prozent zufrieden, aber 73 Prozent unzufrieden. Speziell im Münchner Raum, so räumen die Münchner Meinungsforscher ein, wird dieser negative Bundes-Effekt allerdings durch das Verhalten der örtlichen SPD verstärkt.

Verschenkt Bonn wieder Verhandlungspositionen?

Der zinslose Überziehungskredit im innerdeutschen Handel — Swing — wird immer mehr zum Gegenstand eines Pokerspiels. Ohne eine Neuregelung sinkt er ab 1. Januar 1982 von 850 Millionen Mark auf 200 Millionen Mark ab. Für die DDR bedeutet das eine zusätzliche Zinsbelastung von rund 75 Millionen Mark pro Jahr. Dennoch

zögert Ost-Berlin, dieses Thema anzusprechen, weil dann auch die Zwangsumtauscherhöhung zur Debatte stünde.

Neuerdings verdichten sich nun Spekulationen, die Bundesregierung plane eine vorläufige und einseitige Verlängerung des bisherigen Swing, um die Zeit bis zum Treffen Schmidt/Honecker zu überbrücken.

Vor einer derartigen Zwischenlösung kann nur dringend gewarnt werden, weil dadurch unsere Verhandlungsposition entscheidend geschwächt würde, erklärte Olaf von Wrangel, stellvertretender Vorsitzender im Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen des Bundestages. Die Bundesregierung darf jetzt weder wackeln noch ein Verhandlungsinstrument aus der Hand geben. Um es deutlich zu sagen: Gegen eine Verlängerung des bisherigen Swing-Rahmens ist nichts einzuwenden. Aber die Verhandlungen darüber müssen gezielt zum Einstieg in die Sanierung der innerdeutschen Beziehungen genutzt werden. Und dazu gehören die Rücknahme der Zwangsumtauscherhöhung, der Verzicht auf Journalistenschikanen, eine verbesserte Familienzusammenführung und andere humanitäre Maßnahmen.

Parlament wurde wissentlich getäuscht

Nach Abschluß der Zeugenvernehmungen im „Tornado“-Untersuchungsausschuß erklärte der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Peter-Kurt Würzbach: Bereits vor über einem Jahr warf die SPD Minister Apel „unvorstellbare Schlamperei und Unverfrorenheit“ vor. Auch Amtsvorgänger Leber bestätigte noch Anfang dieses Jahres, daß seinem Nachfolger bereits aus seiner Zeit als Finanzminister „die Tornado-Finanzierung geläufig war“.

Trotz aller Bemühungen erfuhr der Verteidigungsausschuß bis dahin nie die volle

Wahrheit. Es sei denn, er hätte sich für die Konstituierung eines Untersuchungsausschusses entschieden. Das aber ist unmöglich, da die SPD-Fraktion nach anfänglicher massiver Kritik an Apel schließlich doch noch „umfiel“.

Der Hintergrund ist folgender: Die Arbeitsgruppe „Sicherheitsfragen“ der SPD-Fraktion hatte bereits am 24. November 1975 eine „Stellungnahme zur beabsichtigten Beschaffung der Fregatte (Typ F 122)“ vorgelegt, aus der hervorgeht, daß das gesamte Finanzierungsdesaster schon damals klar vorhersehbar war. Bei diesem Kenntnisstand sind Öffentlichkeit und Parlament von der SPD-Arbeitsgruppe jahrelang wissentlich getäuscht worden. Daran hat der jetzige Verteidigungs- und vormalige Finanzminister Apel entscheidenden Anteil.

SPD/FDP-Länder blockieren Kernkraft

Seit annähernd zehn Jahren wurde ausgerechnet in SPD/FDP-regierten Ländern keine Neubaugenehmigung für Leistungsreaktoren mehr erteilt. Auf diesen Tatbestand machte der Unionsabgeordnete Paul Laufs aufmerksam und gab dazu folgende Erläuterungen: Die letzte Genehmigung erfolgte am 6. April 1981 für den hessischen Block Biblis B. An Anträgen hat es nicht gefehlt. In Nordrhein-Westfalen waren es Bauvorhaben in Vahnum Block A (Antragstellung 1974), Vahnum Block B (1974), Hamm (1975) und in Hessen die Standorte Borken (1974) und Biblis Block C (1975). Sie wurden bis heute nicht beschieden.

Die letzten zehn Neubaugenehmigungen sind alle in unionsgeführten Ländern erfolgt. Mit einer Ausnahme sind alle diese Kraftwerke im Bau oder schon am Netz. SPD und FDP hat es in den 70er Jahren bis heute am politischen Willen zur friedlichen Nutzung der Kernenergie gefehlt.

Sie haben die politische Verantwortung dafür zu übernehmen, daß die Auflagen in den Genehmigungsverfahren geradezu groteske Ausmaße annehmen, die Bauzeiten sich ohne Not mehr als verdoppelt und die Errichtungskosten im internationalen Vergleich Extremwerte erreichten. Es klingt wie Hohn, wenn angesichts dieser Situation die Vertreter von SPD und FDP die Energiewirtschaft beschuldigen, es fehle an Anträgen und Investitionsbereitschaft, und einen Investitionsstau habe es nicht gegeben. Die Folgen werden allmählich spürbar; viel zu hohe Strompreise und Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft.

Die größte Gefahr droht von den „Revolutionären Zellen“

Die größte Gefahr für die innere Sicherheit geht nach Erkenntnissen des Bundeskriminalamtes (BKA) von den „Revolutionären Zellen“ (RZ) im Bereich des Linksterrorismus aus. Den Terrorismus von rechts sollte man — „ohne seine Gefährlichkeit herunterzuspielen“ — nicht „in einem Atemzug“ mit dem Linksterrorismus nennen, sagte BKA-Präsident Heinrich Böge auf einer Tagung seiner Behörde über Perspektiven der Verbrechensbekämpfung. Es gebe Anzeichen dafür, daß mit neuen Anschlägen zu rechnen sei. Zielgruppen der RAF seien weiterhin Angehörige und Einrichtungen der NATO sowie leitende Personen aus Politik und Wirtschaft.

Derzeit würden aus dem Kreis der RAF 31 Personen mit Haftbefehlen gesucht, von 19 zum harten Kern gerechnet werden. Gefährlicher als die RAF seien jedoch die „Revolutionären Zellen“, nach deren Strategie jede Gruppe aufgrund der lokalen Möglichkeiten unabhängig operiere. Die Aktionen der „Revolutionären Zellen“ seien für das BKA deshalb schwer abzuschätzen.

KIRCHEN

Denkschriften beider Konfessionen werden von der Union stark beachtet

Die Stellungnahme des Zentralkomitees der deutschen Katholiken zur aktuellen Friedensdiskussion ist ein höchst bemerkenswertes Dokument moralischer Verantwortung für Frieden und Menschenwürde, überparteilicher Loyalität gegenüber elementaren Interessen unserer staatlichen Gemeinschaft und christlicher Offenheit für Fragende, Zweifelnde und Geängstigte.

Die Politiker aller Parteien und alle Bürger, die sich an der aktuellen Friedensdiskussion beteiligen, sollten diesen ausgewogenen und sachkundigen Text sorgfältig lesen, erklärte Helmut Kohl. Die CDU/CSU begrüßt insbesondere die klaren ethischen Maßstäbe, die das höchste Laiengremium der deutschen Katholiken für den vielschichtigen Themenkreis von Frieden und Freiheit, Abrüstung und Sicherheit, in Erinnerung ruft. Diese Maßstäbe bekräftigen die Grundlagen des Konsens, der in diesen Fragen zwischen der parlamentarischen CDU/CSU-Opposition und der Bundesregierung besteht.

Die hilfreiche und klare Sprache des Dokuments des Zentralkomitees der deutschen Katholiken weicht vor notwendigen Wertprioritäten bei der Beurteilung internationaler Zusammenhänge der Friedenssicherung nicht aus. Vielmehr erinnert es an die totalitären Ursachen von Unfrieden, Spannung und Rüstung, deren schrittweiser Abbau zu einer friedlichen und gewaltfreien Weltordnung führen muß, wie sie die christliche Ethik trotz aller Unvollend-

barkeit menschlichen Tuns mit verstärkter Intensität von den politisch Verantwortlichen als Ziel aller Friedenspolitik fordert.

Die CDU/CSU würdigt den ethisch klaren, politisch nüchternen und menschlich hilfreichen Friedenstext des Zentralkomitees der deutschen Katholiken als einen willkommenen Beitrag zur aktuellen Friedensdiskussion, die alle Parteien und Gemeinschaften bis hin zu den Familien erfaßt hat.

Die Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) zum Frieden ist ein bemerkenswertes, vom Verantwortungswillen geprägtes Dokument, das wertvolle Denkanstöße enthält, die die Friedensdiskussion in unserem Land befruchten werden. Die CDU/CSU-Fraktion nimmt diese Denkschrift sehr ernst, sie wird sich eingehend mit ihren Vorschlägen befassen, stellt MdB Manfred Wörner, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, fest.

Suche nach neuen Wegen

Ein herausragendes Verdienst dieser Denkschrift ist es, daß sie den Zusammenhang zwischen politischen Spannungen und der Aufrüstung deutlich macht und völlig zu Recht darauf hinweist, daß eine zukunftsweisende Lösung der Rüstungsproblematik nur im Rahmen einer politischen Ordnung des Friedens gefunden werden kann.

Uneingeschränkte Zustimmung verdient auch der Hinweis darauf, daß sich die

Werkzeuge militärischer Bedrohung nicht als Instrumente der Politik verselbständigen dürfen.

Besonders dankbar wird die CDU/CSU die Anregung der Denkschrift aufgreifen, den Kurs unserer Politik von bloßer Rüstungsbegrenzung auf wirkliche Abrüstung zu lenken.

Auch in der Suche nach neuen kooperativen Wegen, um die politische Konfliktbewältigung gegenüber der militärischen Verfestigung des Weltkonfliktes zu stärken, wissen wir uns mit den Verfassern der Denkschrift einig.

Andererseits wird man dreierlei kritisch anmerken müssen:

— Der Zusammenhang zwischen Frieden und Freiheit klingt wohl an. So etwa in dem begrüßenswerten Satz: „Die Wahl zwischen Frieden einerseits und der Wahrung von Menschenrechten und Freiheit andererseits darf nicht als politische Alternative hingenommen werden.“ Dennoch wird nicht deutlich genug herausgestellt, daß die eigentlichen Gefahren für den Frieden dort liegen, wo Freiheit unterdrückt, Menschenrechte vergewaltigt und Machtpolitik auf Kosten anderer Völker durchgesetzt werden.

— Nirgendwo wird der Unterschied zwischen Demokratie und Diktatur klar herausgestellt. Ost und West werden allzu häufig und unkritisch gleichgestellt.

— Die Vorstellung eines Verteidigungskonzeptes mit Schwergewicht auf typischen Defensivwaffen übersieht, daß die Truppen der NATO — einschließlich der Bundeswehr — in Europa bereits heute nach Umfang, Stärke, Bewaffnung und Planung rein defensiv angelegt sind und einen Angriff auf den Warschauer Pakt gar nicht durchführen könnten. Sowjetische Politiker haben dies wiederholt auch öffentlich eingeräumt. Die UdSSR weiß sehr wohl, daß von der NATO in Europa keine militärische Gefahr für sie ausgeht.

■ UMWELTSCHUTZ

Große Anfrage zum Schutze der Gewässer und Küsten

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat eine Große Anfrage zum Schutz unserer Gewässer und Küsten beschlossen. Der innen- und umweltpolitische Sprecher, Carl-Dieter Spranger, und der Vorsitzende des Gesprächskreises Küstenfragen, MdB von Geldern, erklären aus Anlaß der Einbringung dieser Großen Anfrage:

Mit unserer Anfrage wollen wir die Bundesregierung veranlassen:

1. eine umfassende systematische Übersicht über das Gewirr internationaler und nationaler Regelungen zum Schutz unserer Gewässer zu erstellen,
2. im praktischen Vollzug festgestellte Mängel und Lücken dieses Regelungswerkes, Ausfüllungs-, Überwachungs-, Durchsetzungs- und Sanktionsdefizite sowie Verbesserungsvorschläge aufzuzeigen,
3. eine Aufstellung der für Forschungs- und Entwicklungsaufgaben sowie für Gewässerreinigung und Abwasserklärung in den letzten fünf Jahren aufgewandten, künftig benötigten und beim Bund vorgesehenen Finanzmittel zu liefern,
4. besonders gravierende Probleme des Gewässerschutzes anhand von Beispielen, etwa der grenzüberschreitenden Flüsse, Rhein, Elbe, Weser und Werra, der Abwasserklärung in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen sowie der Verhinderung von Tankerunfällen darzustellen und zu analysieren.

■ KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

Studententagungen: „Öffentlichkeitsarbeit im kommunalen Bereich“

Das Bildungswerk der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. hat in diesem Jahr mit großem Erfolg Tagungen zur Aus- und Fortbildung zum Thema „Öffentlichkeitsarbeit im kommunalen Bereich“ veranstaltet. Da die Resonanz unerwartet groß war, ist das Angebot für das kommende Jahr erweitert worden. 1982 werden insgesamt 10 Tagungen dieser Art durchgeführt.

Wir möchten Sie heute auf dieses Angebot aufmerksam machen, denn die Teilnahme an den Studententagungen empfehlen wir insbesondere den CDU-Mitgliedern, die in der praktischen Parteiarbeit aktiv mitarbeiten wollen. Zur Vorbereitung von Wahlkämpfen werden dabei wertvolle Hinweise gegeben.

Folgende Termine sind geplant:

1. 27. 1. bis 30. 1. 1982
2. 31. 1. bis 3. 2. 1982
3. 3. 3. bis 6. 3. 1982
4. 23. 6. bis 26. 6. 1982
5. 26. 6. bis 27. 6. 1982 (Wochenende)
6. 27. 6. bis 30. 6. 1982

Vier weitere Termine für das zweite Halbjahr 1982 werden noch rechtzeitig bekanntgegeben.

Für alle Tagungen ist folgendes Programm vorgesehen, wobei insbesondere auf die praktische und kreative Mitarbeit der Teilnehmer besonders Wert gelegt wird:

- „Mitdenken · mitarbeiten · aktivieren: Inhalte und Kriterien praktischer Öffentlichkeitsarbeit“
- Einführende Hinweise, Anregungen, Tips — mit Tonbildschau

- Praktische Übungen
 - kreatives Training zur Ideenfindung
 - Entwurf und Einsatz von Werbemitteln
 - Planungsraster für Aktionen der politischen Öffentlichkeitsarbeit
 - das Gespräch mit dem Bürger
 - die Zusammenarbeit mit der lokalen und regionalen Presse
 - von der Idee bis zur Realisierung: Erarbeitung einer Gesamtkonzeption der politischen Öffentlichkeitsarbeit.
- Die Musteraktion
 - Präsentation effektiver Maßnahmen der politischen Öffentlichkeitsarbeit.

Anmeldung

Interessenten melden sich bitte umgehend bei der

**Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Heimvolkshochschule Eichholz
Postfach 29
5047 Wesseling**

unter Angabe des Stichwortes „Studententagungen Öffentlichkeitsarbeit im kommunalen Bereich“ und des gewünschten Zeitpunktes.

Teilnahmebedingungen

Während des Aufenthaltes im Schloß Eichholz sind Sie Gast des Bildungswerkes der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Unterkunft und Verpflegung sind frei. Es wird ein Teilnehmerbeitrag von 60,— DM, bei Wochenendveranstaltungen von 40,— DM, erhoben. Die Fahrtkosten werden in Höhe einer Rückfahrkarte 2. Klasse der Deutschen Bundesbahn einschließlich D-Zug-Zuschläge, unter Abzug einer Eigenbeteiligung von 20,— DM, erstattet.

Ein neues Buch zeigt die Geschichte der CDU in Wort und Bild Helmut Kohl **Die CDU – Porträt einer Volkspartei**

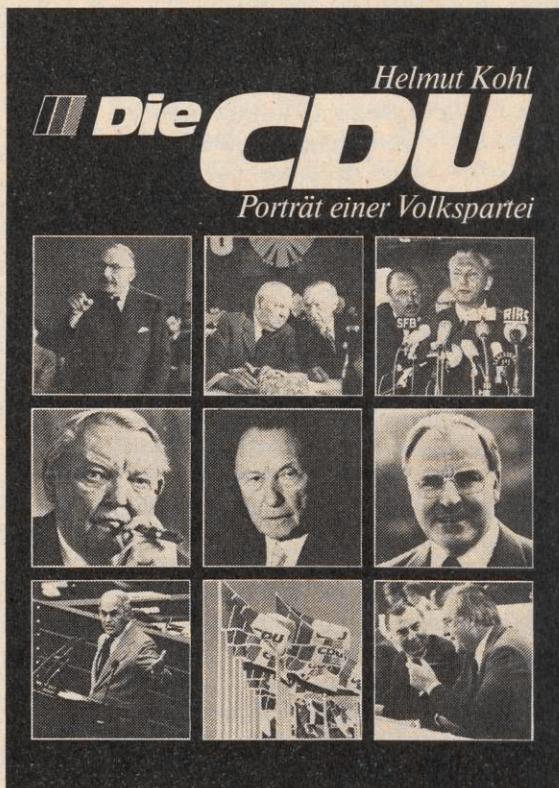
Mit etwa 300 Abbildungen zeigt das Buch die Geschichte der CDU von ihren Anfängen nach 1945 bis hin zur über 700 000 Mitglieder starken Volkspartei heute. In einem Vorwort wird diese Entwicklung von Helmut Kohl porträtiert. Eine Fülle auch bisher unbekannter Fotos und Dokumente machen das Buch zu einem außergewöhnlichen Dokument der Zeitgeschichte, zu einem Standardwerk für jedes an der Geschichte seiner Partei interessierte CDU-Mitglied.

Es eignet sich insbesondere zur Ehrung verdienter Mitglieder, Mitarbeiter, zu Jubiläen und, gerade zu Weihnachten, als politisches Geschenk.

Das Buch ist zu beziehen über das IS-Versandzentrum,

**Bestell-Nr. 3251,
Preis 39,— DM**

(inklusive MwSt. und Versandkosten) oder, zum gleichen Preis, im Buchhandel. Bei besonderen Geschenkanlässen, wie z. B. die Ehrung von Jubilaren, besteht die Möglichkeit, das Buch von Herrn Dr. Kohl signieren zu lassen. Hierzu müssen die Bücher rechtzeitig der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit, zugesandt werden, die dann diese Exemplare dem Parteivorsitzenden mit der Bitte um Unterschrift vorlegen wird.



Zur Sache:

Den Sozialstaat sichern! 100 Jahre Sozialversicherung

Am 17. November leitete vor 100 Jahren eine kaiserliche Botschaft den Aufbau der Arbeiterversicherung ein – die Geburtsstunde der deutschen Sozialversicherung.

Die Arbeitnehmer und die Gewerkschaften können stolz sein: ihr Kampf um die Anerkennung ihrer politischen und sozialen Rechte war erfolgreich. Unser System der sozialen Sicherung beweist: 100 Jahre Sozialpolitik zugunsten der Arbeitnehmer waren nicht umsonst.

Wir haben den modernen Sozialstaat geschaffen

Die CDU hat wichtige Pfeiler und Ecksteine zum Aufbau des Sozialstaates beigetragen:

● Mitbestimmung (1951) und Betriebsverfassung (1952), bruttolohnbezogene, dynamische Rente (1957) und Familienlastenausgleich (1954) haben den sozialen Frieden bis heute verbürgt.

● Bundesversorgungsgesetz (1950), Arbeitsförderungsgesetz (1969), Bundessozialhilfegesetz (1961), sozialer Wohnungsbau, Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer

usw. waren in der Zeit bis 1969 weitere wichtige Etappen des sozialen Fortschritts.

Wir sichern den Sozialstaat

Die CDU hat diese Reformen durchgesetzt. Keine der von SPD und FDP seit 1969 verkündeten „Reformen“ kann den gleichen Rang beanspruchen. Heute gefährden SPD/FDP den Sozialstaat: Arbeitslosigkeit, eine wachstumsfeindliche, investitions-hemmende Politik, eine unverantwortliche Staatsverschuldung reißen tiefe Löcher in die Fundamente des Sozialstaates. Leidtragende dieser Politik sind vor allem Arbeitnehmer, Arbeitslose, Familien, ältere Bürger.

Durch ihre bankrotte Finanzpolitik verspielen SPD/FDP die Zukunft unseres Volkes: allein in den nächsten drei Jahren will diese Bundesregierung über 100 Mrd. DM neue Schulden machen.

Unser Land braucht einen neuen Anfang. Wir haben auf unserem Parteitag in der letzten Woche den Weg gewiesen. Wir, die CDU, werden die Arbeitslosigkeit abbauen und dem Sozialstaat eine gute Zukunft sichern.

CDU

II sicher
sozial
und frei

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

ZITATE

Zwischenstation

Bleibt die Hoffnung, daß Breschnew vor den Genfer Verhandlungen in Bonn nur Maximalpositionen beschrieben hat; es bleibt aber auch die Sorge, daß der Wettlauf mit der Zeit übersehen werden könnte. Dann säße Dolmetscher Schmidt zwischen allen Stühlen, aber auch mancher Standfeste bei der Union begänne das Fürchten zu lernen. Bonn war für Moskau eine Durchreisestation auf dem Wege nach Genf. Gepäckkontrollen ließ Breschnew nicht zu. Doch war es wichtig, den Kreml-Chef für die Weiterreise problembewußt gemacht zu haben.

Rheinische Post, Düsseldorf, 25. Nov. 1981

Als Dolmetscher westlicher Friedensbemühungen erzielte der Bundeskanzler nur Tellerfolge. Es mißlang, Breschnew von der Friedfertigkeit Reagans zu überzeugen. Mit dem Feindbild eines aggressiven amerikanischen Präsidenten will die sowjetische Verhandlungsdelegation offenbar den Genfer Konferenzraum betreten.

Mit seinen Schwierigkeiten, aber auch mit seinem recht matten Silberstreifen lieferte das Gipfeltreffen am Rhein einen Vorgesmack auf den sowjetisch-amerikanischen Kontakt in Genf. Das Aufeinanderzugehen der Supermächte wird viel Geduld erfordern und wohl nur in Millimetern zu messen sein.

General-Anzeiger, Bonn, 25. November 1981

Als Regierungssprecher Becker erklärte, der Bundeskanzler habe viel Zeit und Argumente darauf verwandt, Breschnew die ernste Verhandlungsabsicht der amerikanischen Führung auseinanderzusetzen, entgegnete der für seinen Agitprop-Stil bekannte sowjetische Sprecher Samjatin, die Sowjetunion vermöge die Absichten Amerikas selbst einzuschätzen; ein Hieb, der weniger auf Becker als auf Schmidt zielte. Sprach Breschnew noch gemäßigt, so trat mit Samjatin die ganze Arroganz der Weltmacht auf den Plan, fest entschlossen, ihre Absichten durchzudrücken. Atmosphärisch war das eine Lektion, die auch ausländische Journalisten sichtlich beeindruckte, zumal die Inhalte der sowjetischen Einlassungen durchaus der rigiden Form entsprachen.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. Nov. 1981

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Peter Mühlenbach, Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 40,— DM. Einzelpreis 1,— DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UdD